

# Ottendorfer Zeitung

Local-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend.

Bezugs-Preis:  
Vierteljährlich beim Abholen von der  
Geschäftsstelle Mk., frei ins Haus  
1, 3 Mk.  
Einzeln Nummer 10 Pfg.  
Erscheint Dienstags, Donnerstags und  
Sonnabends Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis:  
Die einseitige Zeile oder deren Raum  
1 Pfg., Lokalpreis 5 Pfg.  
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.  
Anzeigen-Aufnahme  
bis spätestens Mittags Uhr des  
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 20

Sonntag, den 16. Februar 1919.

18. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Erhebung der Kartoffel-Vorräte.

Nach einer Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums hat am 15. d. Mts. eine Erhebung der Kartoffelvorräte stattgefunden.

Meldepflichtig sind alle Vorräte, die sich mit Beginn des 15. Februar d. Js. im Gewahrsam von Händlern, Erzeugern und Verbrauchern befinden, sobald sie mehr als 20 Pfund betragen. Die bei der Werkausgabe den einzelnen Haushaltungen bestimmten Vordrucke sind gewissenhaft auszufüllen, zu unterschreiben und pünktlich bis **Montag, den 17. d. Mts. mittags** im Gemeindeamt (Meldeamt) abzugeben.

Die Angaben werden durch eine Kommission nachgeprüft werden.

Ottendorf-Moritzdorf, am 15. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Petroleum für Landwirtschaft und Heimarbeiter.

Petroleumarten für Februar sind seitens der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und der Heimarbeiter

**Dienstag, den 18. Februar 1919 vormittags 8 bis 12 Uhr**

im Gemeindeamt (Meldeamt) abzuholen.

Das Rechtöl kann sofort im Geschäft von Hermann Rühle entnommen werden.

Ottendorf-Moritzdorf am 12. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Neuestes vom Tage.

Das neue Reichsministerium legt sich ebenfalls wie folgt zusammen: Präsident des Reichsministeriums: Scheidemann, Vertreter des Präsidenten und Reichsminister der Finanzen: Schiffer, Reichsminister des Auswärtigen: von Brockdorff-Rantzau, Reichsminister des Innern: Brüning, Reichsarbeitsminister: Bauer, Reichswirtschaftsminister: Wüstel, Reichs-Ernährungsminister: Robert Schmidt, Reichsjustizminister: Dr. Landsberg, Reichswehrminister: Roose, Reichskolonialminister: Dr. Bell, Reichs-Postminister: Wiesner, Reichsminister des Demobilisationsamtes: Dr. Loth, ferner drei Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger, Gotheim.

Große Ausschreitungen ereigneten sich in Duisburg, wo eine fünfzehntausendköpfige Menge gegen den Beschluß der Stadtverordneten, eine fünfte Vierteljahrssatzung zu erheben, Kundgebungen veranstaltete. Die Menge drang in das Rathaus ein, holte unter Verhandlungen den Oberbürgermeister und den Bürodirektor heraus und zwang beide, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. In den Abendstunden kamen einige Veränderungen vor. Das Gerichtsgelände wurde gleichfalls von den Demonstranten geöffnet, sämtliche Inassen sind freigelassen worden.

Im Unterhause erklärte Bonar Law auf eine Reihe von Fragen über die Zurückziehung der Kriegskosten, die britischen Delegierten seien endgültig angewiesen worden, eine Entschädigung zu fordern, die sowohl die Kriegskosten als auch den tatsächlichen angelegten Schaden umfassen. Demnach ist also die endgültige Entscheidung gegen Wilson gefallen.

### Vertilgung und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 15. Februar 1919.

Gemeinderatsitzung am 13. Februar 1919. Der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand Richter, begrüßte die neu gewählten Mitglieder des Gemeinderates und verpflichtete dieselben mittels Handchlags. Herr Lehmann erklärte, daß durch die Wahl bewiesen worden sei, daß die Einwohner seiner Partei Vertrauen schenken und er hoffe, daß er und seine Kollegen dieses Vertrauen auch zu erfüllen, indem sie bestrebt sein würden, für das Wohl und Wehe des Ortes zu arbeiten. Weiter wies er darauf hin, daß der Gemeinderat nebst Vorstand aller drei Jahre neu zu wählen seien. Herr Gemeindevorstand Richter nahm hierzu dankend Kenntnis und erklärte, daß die Wahl der Gemeindevorstände nach einer zu erlegenden Besetzung geregelt werde. Als nächster Punkt wurde Mittelteil, daß die Sparkasse jetzt den größten Umsatz gehabt habe, allein 623 Einzahlungen erzielte. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß eine Vergrößerung der Räume für Sparkassen- und Gemeinderäume unumgänglich notwendig sei. Ein Wohnhausbau des Fabrikbesizers Herrn Max Walther, welcher ein abschlägig beschieden, war durch Eingreifen des G. B. Richter genehmigt worden mit der Einbeziehung nach Kleinokrilla, nach nochmaliger Rücksprache in aber die Einbeziehung nach Ottendorf-Moritzdorf erfolgt. Als aussichtsreichster Person für die notwendigen Konzessionen wurde Herr Emil D. erklärt. Hieraus fand auf Vorschlag die Besetzung der verschiedenen Ausschüsse statt. Auf eine Anfrage des Herrn Beyer hin ist auch der Schulvorstand neu zu wählen und wurde beschlossen, dies in der nächsten Sitzung vorzunehmen. Ein Baugesuch der Frau G. Tamme, Radeberger Straße, Eisenbau und Herrn Baumeister Großmann, Heimbühl, D. Hausbau und Schuppenbau in dem Grundstück an der Radeburgerstraße wurde bedingungslos genehmigt. Ueber den Beitritt zum Wohnungsverband entspann sich eine längere Aussprache und wurde beschlossen, um Abänderung der §§ 7 und 8 zu ersuchen, jedoch eine gerechtere Vertretung gewährleistet sei. Der Wohnungsverband ist bis zum Jahre 1924 vorgesehen. Zu einer Disposition des Grundstücks des Herrn Gumboldtbesizers Santa an die Glasfabrik Brodowig werden Bedenken nicht erhoben und Bestätigung ausgesprochen zur Gründung eines Volksbades überweist der Ortverein die Summe von 500 Mark. Der Vorsitzende spricht hierzu seinen Dank aus und hofft, daß der Bau eines Bades sich recht bald verwirklichen lassen möge. Das Siedlungsprojekt im Oberdorsie ist noch nicht weiter vorgeschritten, doch soll für beschleunigte Förderung Sorge getragen werden, auch wird der Meinung Ausdruck gegeben, nur Einzelhäuser und nicht Reihenhäuser anzulegen. Ein Schreiben der Amtshauptmannschaft über Postbauschadlinge kam zur

Vertilgung und wurde beschlossen, die Gartenbesitzer auf Vertilgung der Schadlinge aufmerksam zu machen, auch soll die Beschaffung von Carbolineum in die Wege geleitet werden. Zur Durchführung der Kartoffel-Abgabe teilte der Vorsitzende mit, daß der Ortsausschuß für Ernährung dies übernehmen soll. Auf eine Anfrage über die für die Gefangenen bestimmten Kartoffeln wird mitgeteilt, daß auch dies hierbei Erledigung finden soll. Hierauf geheime Sitzung.

Auszahlung des Entlassungsgeldes von 50 Mark an befehlsmäßig entlassene Unteroffiziere und Mannschaften. Es wird darauf hinweisen, daß alle befehlsmäßig, das heißt ohne Mitwirkung ihres Ertragsgruppenleiters entlassene Unteroffiziere und Mannschaften das ihnen zühende, vom Bezirkskommando ihres Wohnortes auszusahlende Entlassungsgeld von 50 Mark erst erhalten können, nachdem sie sich bei diesen Bezirkskommando zur Kontrolle angemeldet haben. Die Anmeldung hat jedoch erst zu erfolgen, nachdem die im ganzen Deutschen Reich einheitlich hierzu öffentliche Aufforderung ergangen sein wird. Voraussetzung für die Auszahlung ist ferner Besitz des von derjenigen Formation ausgetretenen Entlassungsgeldes und der Zahlungsanweisung, welche die Entlassung vorgenommen hat und hierzu berechtigt war. Anträge der hiervon Betroffenen auf frühere Auszahlung des Entlassungsgeldes sind nutzlos. Wer vor dem 9. November 1918 entlassen wurde, hat überhaupt keinen Anspruch auf Entlassungsgeld.

Die Einheitschule. Eine Antwort des Volksbeauftragten für das Kultusministerium auf den Protest des Landeskonsistoriums gegen die religiöse Simultanschule ist soeben, wie die Dresdener Anstaltsstelle meldet, erfolgt. Sie enthält das Jugendbildnis, daß die Beibehaltung der Verordnung über die Einheitschule von der Entschliebung der künftigen Volkskammer abhängig sein werde. Im übrigen sollen die Ausführungen des Landeskonsistoriums „als wertvolles Material bei der künftigen Neuordnung des Volksschulwesens mit verwendet werden“.

Hauschlachtung von Pferden. Die Schlachtung von Pferden im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt zu Selbstverforgungszwecken ist genehmigungs-pflichtig. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn das zu schlachtende Tier sich mindestens 3 Monate im Besitze des Geschäftlers befindet und eine Bescheinigung des Tierarztes darüber beigebracht wird, daß das Pferd keinen Nutzwert mehr hat und sich zu keinem Dienste mehr eignet. Der Grund der Gebrauchsunfähigkeit muß in der Bescheinigung mit angegeben sein. Im Einzelfalle nähere Schlachtgenehmigungsbedingungen zu stellen, bleibt vorbehalten.

Abgabe von Pferdefleisch in Gastwirtschaften. Pferdefleisch darf in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften nur abgegeben werden, soweit ihnen eine besondere polizeiliche Genehmigung dazu erteilt worden ist. In den Geschäftsräumen solcher Betriebe muß an einer in die Augen fallenden Stelle durch deutlich sichtbaren Anschlag kenntlich gemacht werden, daß Pferdefleisch zum Vertrieb oder zur Verwendung kommt. Den Rosschlächtern wird verboten, Pferdefleisch an Gastwirtschaften zu liefern, welche nicht im Besitze der erforderlichen Genehmigung sind. Gesuche um Genehmigung zur Abgabe von Pferdefleisch in Gastwirtschaften usw. sind an die Amtshauptmannschaft Dresden-N. zu richten.

Das Stielungswort in Sachsen. In

Sachsen bestehen nur wenige Güter mit einem Flächeninhalt von mehr als 100 Hektar. Diese müssen auch im Interesse des Kleinbäuerlichen Betriebes aufrechterhalten werden. Ein Gut kann auch nur dann zerstückelt werden, wenn es durch den Tod des Besitzers oder durch Verkauf frei wird. An die Schaffung kleiner Bauerntüter kann daher in Sachsen nicht gedacht werden. Sie wäre auch dadurch außerordentlich erschwert, daß die Baukosten sowie die Anschaffungskosten für lebendes und totes Inventar unerschwinglich hoch sind. Es kommen daher nur Kleinabteilungen und Kleingartenstellen von einigen tausend Quadratmetern in Frage, vor allen Dingen für Kleingewerbetreibende, Fabrikarbeiter und kleine Beamte. Die Sorge hierfür liegt der Landesbesiedlungsstelle ob, welcher Bezirksorganisationen zur Seite stehen (Pirna, Riesa, Löbau, Rittau, Freiberg, Chemnitz). Die Landesbesiedlungsstelle finanziert jedoch die Siedlungen nur, die Ausführung liegt Baugesellschaften ob. Nur da, wo örtliche Bezirksorganisationen fehlen, übernimmt die Landesstelle auch diesen Teil der Durchführung.

Dresden. Feldgraue Pferdediebe, die seit Dezember 1918 hier und in der Umgegend Pferde hielten, wurden von der Kriminalpolizei ermittelt. Einer der Diebe, der am 4. Juni 1895 in Radeberg geborene Glasarbeiter Richard Hoffmann, konnte hinter Schloss und Riegel gebracht werden. Sein Genosse, der am 9. November 1898 in Dresden geborene Schlosser Paul Wilhelm Köhler von der Beirungsabteilung des Fuhrar-Reg. Nr. 19, hält sich verborgen und dürfte sich in der Gegend von Weißig aufhalten. Die jetzt konnten den Dieben drei Diebstähle nachgewiesen werden, wobei ihnen sechs Pferde von bedeutendem Werte in die Hände gefallen sind. Zum Teil sind die wertvollen Tiere heimlich im Felde und in einem Schuppen an der Waltherrstraße geschlachtet worden. Schankwirte in den Vorstädten waren willige Abnehmer des Fleisches. Vermutlich haben die Diebe weitere Pferde hier und auswärts gestohlen. Besonders kommt Köhler zu den zahlreichen Pferdediebstählen in Frage, die in hiesigen Kasernen ausgeführt wurden. Im Schaulager des Polizeigebäudes sind die Bilder der Gauner ausgestellt. Die Kriminalpolizei erbittet Mitteilungen von Geschädigten und ersucht um Festnahme des Köhler.

Dresden. Zigarren und Zigaretten im Werte von 4500 Mark wurden in der Nacht zum 12. d. Mts. durch Einbrecher gestohlen. Als Geflügelieb wurde der Arsenalvorarbeiter Max Nemej, Rortgroßenstraße 30, beim Einbruch in den Hühnerstall auf der Nordstraße festgenommen und der 8. Polizeiwache zugeführt. Nemej war mit Brecheisen und Aushod ausgerüstet. Letztere war stark mit Blut besetzt. Festgekettete Kanarienvögel und Hühnerfedern lassen darauf schließen, daß Nemej noch mehr solcher Fälle auf dem Gewissen hat.

Borna. Im hiesigen Kohlentert, wo es schon in letzter Zeit etwas unruhig war, ist es jetzt zu einer ersten Bewegung gekommen, in der Leipziger und Hallenser Einflüsse unschwer zu erkennen sind. Die Bergarbeiter fordern jetzt die sofortige Sozialisierung des Bornaer Reviers und haben am Donnerstag Betriebsräte gewählt, deren sofortige Anerkennung sie von der Regierung fordern, widrigenfalls der Ausstand auf der Stelle eintreten würde. Es ist aber ein vorläufiges Übereinkommen zwischen Regierung und Bergarbeitern dahin erzielt worden, daß in der nächsten Woche eine endgültige Regelung getroffen werden soll.

Das Stielungswort in Sachsen. In

Das Stielungswort in Sachsen. In

Das Stielungswort in Sachsen. In

Das Stielungswort in Sachsen. In